

2. Was tut Ihre Fraktion konkret, um die Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu verbessern, in Bezug auf:

• **die Nachmittagsbetreuung für die Grundschul Kinder (Quantität und Qualität)**

Ab August 2026 gilt bundesweit der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder.

- Wie viele Betreuungsplätze stehen an den Grundschulen in Wiesbaden der prognostizierten Schüler:innenzahl bis 2029 zur Verfügung?
- Wie will Ihre Fraktion sicherstellen, dass in Wiesbaden ausreichend Plätze (Ausbaquote 90%) rechtzeitig bis 2029 für alle Grundschul Kinder zur Verfügung stehen?
- Wie soll die Qualität der Betreuung (Fachpersonal, Raumkonzepte, pädagogisches Konzept) gesichert werden?
- Wie positionieren Sie sich zur Beitragsfreiheit bzw. sozialen Staffelung der Gebühren?
- Welche Rolle sollen Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen oder außerschulischen Trägern spielen?

Antworten

SPD

Die SPD-Fraktion in Wiesbaden versucht, die Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder vor allem in zwei Bereichen zu verbessern: mehr Betreuungsplätze (Quantität) und bessere Qualität der Betreuung (pädagogische Angebote und Organisation).

Hier sind die wichtigsten konkreten Maßnahmen:

1. Ausbau der Betreuungsplätze (Quantität)

Ein zentrales Ziel der SPD ist es, mehr Plätze für die Nachmittagsbetreuung zu schaffen.

- In Wiesbaden gibt es etwa 11.400 Grundschul Kinder, aber nur rund 8.000 Betreuungsplätze.

Damit können etwa 70 % der Kinder betreut werden

- Die Stadt – mit SPD-Beteiligung – arbeitet deshalb daran, das Angebot weiter auszubauen, um mehr Familien einen Platz anbieten zu können
- Ziel ist es, das frühere Ziel von 75 % Betreuungsquote zu erreichen, wofür noch mehrere hundert Plätze fehlen.

Das bedeutet konkret:

- neue Betreuungsgruppen
- Ausbau vorhandener Angebote
- Anpassung der Schulgebäude (z. B. Räume für Betreuung und Essen).

2. Ausbau von Ganztagschulen („Pakt für den Ganztag“)

Die SPD unterstützt besonders den „Pakt für den Ganztag“.

- Grundschulen mit diesem Modell bieten Betreuung an fünf Tagen pro Woche bis 17 Uhr sowie Ferienangebote an.
- Unterricht, Hausaufgaben und Freizeitangebote werden dabei stärker miteinander verbunden.
- Die Stadt Wiesbaden will mehr Grundschulen für dieses Modell gewinnen, damit das Ganztagsangebot wächst.

3. Verbesserung der Qualität der Betreuung

Neben mehr Plätzen geht es auch um bessere pädagogische Betreuung.

Die Stadt (mit Unterstützung der SPD) setzt dabei auf:

- qualifiziertes Betreuungspersonal
- verbindliche Betreuungsschlüssel
- Fortbildungsprogramme für Betreuungskräfte

- enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Betreuungsträgern. (In der Betreuung gibt es außerdem Angebote wie:

- Hausaufgabenhilfe
- Mittagessen
- Freizeit- und Sportangebote
- AGs und Ferienprogramme

Diese sollen die Betreuung nicht nur als „Aufsicht“, sondern als pädagogisches Bildungsangebot gestalten.)

Die SPD-Fraktion in Wiesbaden setzt sich grundsätzlich für möglichst beitragsfreie Bildung von der Kita bis zur Schule ein, weil Gebühren aus unserer Sicht soziale Bildungsbarrieren darstellen können. Solange Elternbeiträge notwendig sind, unterstützen wir eine soziale Staffelung der Gebühren nach Einkommen, damit Familien mit geringem Einkommen weniger zahlen oder ganz befreit werden. Ziel ist es, Chancengleichheit zu verbessern und Familien finanziell zu entlasten, ohne gleichzeitig den Ausbau und die Qualität der Betreuung zu gefährden.

Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und anderen außerschulischen Trägern sieht die SPD-Fraktion in Wiesbaden als wichtigen Bestandteil moderner Schul- und Ganztagsangebote. Sie sollen das Bildungsangebot erweitern, den Ganzttag abwechslungsreicher machen und die Verbindung zwischen Schulen und der lokalen Gemeinschaft stärken.

Bündnis 90 / Die Grünen:

Der Rechtsanspruch auf Ganzttag ab 2026 wird stufenweise bis 2029 umgesetzt. Bereits 62% der Grundschulkinder nutzen das Nachmittagsbetreuungsangebot. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Ganztagsangebot an allen Grundschulen in Wiesbaden. Es ist richtig, hierfür Standards festzulegen. Zur Gewinnung von Personal wären neben öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen auch Werbeaktionen an weiterführenden und beruflichen Schulen denkbar. Wir setzen uns beim Land für eine beitragsfreie Kinderbetreuung ein. Bis dahin wollen wir die bestehenden städtischen Beitragsregelung fortsetzen, die bei kinderreichen Familien die Beiträge reduziert und Familien mit niedrigen Einkommen von Beiträgen befreit.

Unsere Maßnahmen:

- Ausbau des „Pakts für den Ganzttag“ zu einem verbindlichen Ganztagsangebot an allen Grundschulen
- Ausbau der Räume (Mensen, Freizeitbereiche, Lernräume)
- multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Sozialpädagogik und Erzieher:innen
- Kooperation mit Vereinen, Musikschulen und Kulturinstitutionen
- sozial gestaffelte Gebühren und Gebührenbefreiung für Familien mit geringem Einkommen

AfD

Mit dem kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung steigt der Bedarf an entsprechenden Betreuungsangeboten deutlich.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist in erster Linie für die räumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen verantwortlich. Dazu gehören insbesondere:

- ausreichend Betreuungsräume
- geeignete Aufenthaltsbereiche

- funktionierende Gebäudeinfrastruktur

Die pädagogische Ausgestaltung der Ganztagsangebote sowie Fragen der Personalqualifikation liegen hingegen überwiegend in der Zuständigkeit des Landes Hessen und des Hessischen Kultusministeriums.

Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und anderen außerschulischen Einrichtungen können eine sinnvolle Ergänzung darstellen.

CDU

Nach städtischen Bedarfsanalysen müssen zusätzlich etwa 2.300–2.400 Betreuungsplätze geschaffen werden, um eine Versorgungsquote von rund 90 % zu erreichen. Wenn diese Ausbauziele erreicht werden, läge die Gesamtkapazität perspektivisch bei rund 10.300–10.400 Betreuungsplätzen für die Wiesbadener Grundschul Kinder.

Die genaue Zahl der Plätze bis 2029 hängt von laufenden Schulbau-, Erweiterungs- und Ganztagsprojekten sowie der tatsächlichen Schülerzahlentwicklung ab.

Um den bundesweiten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 schrittweise und vollständig bis 2029 umzusetzen, braucht Wiesbaden einen konsequenten und realistischen Ausbauplan. Für die CDU-Rathausfraktion ist das eine der zentralen Aufgaben der kommenden Wahlperiode.

1. Verbindlicher Ausbauplan für Betreuungskapazitäten

Wir setzen uns für eine fortlaufend aktualisierte Bedarfsplanung ein, die Schülerzahlen, Betreuungsquoten und Schulentwicklungsplanung zusammenführt. Ziel ist ein klarer Ausbaupfad bis 2029 mit konkreten Projekten an einzelnen Schulstandorten. Dabei müssen Erweiterungsbauten, neue Ganztagsräume, Mensa-Kapazitäten und gegebenenfalls auch modulare Übergangslösungen rechtzeitig eingeplant werden.

2. Ausbau bestehender Kooperationen mit freien Trägern

Die Betreuung an Wiesbadener Grundschulen wird heute bereits in enger Zusammenarbeit mit freien Trägern organisiert. Dieses bewährte Modell wollen wir weiterentwickeln und stärken. Durch stabile Finanzierungsvereinbarungen und langfristige Planungssicherheit können zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen und bestehende Angebote erweitert werden.

3. Beschleunigung von Bau- und Planungsprozessen

Der Ausbau der Betreuung scheitert häufig nicht am politischen Willen, sondern an langen Planungs- und Bauzeiten. Wir wollen Planungsverfahren vereinfachen, Projekte priorisieren und – wo sinnvoll – mit standardisierten Raumkonzepten arbeiten, um schneller neue Kapazitäten zu schaffen.

4. Konsequente Nutzung von Fördermitteln

Bund und Land stellen Mittel für den Ganztagsausbau bereit. Diese müssen konsequent beantragt und eingesetzt werden, um den kommunalen Haushalt zu entlasten und den Ausbau zu beschleunigen.

Unser Ziel ist klar: Bis 2029 soll jedes Grundschulkind in Wiesbaden bei Bedarf einen verlässlichen Betreuungsplatz erhalten. Dafür braucht es frühzeitige Planung, ausreichende Investitionen und eine enge Zusammenarbeit von Stadt, Schulen und freien Trägern.

- **Qualität:**

Für die CDU-Rathausfraktion ist klar: Der Ausbau der Ganztagsbetreuung darf nicht allein quantitativ erfolgen. Entscheidend ist, dass Betreuung auch qualitativ hochwertig organisiert wird. Dazu gehören qualifiziertes Personal, geeignete Räume und ein tragfähiges pädagogisches Konzept.

1. Qualifiziertes und ausreichend verfügbares Personal

Die Qualität der Betreuung steht und fällt mit den Menschen, die sie gestalten. Wir setzen uns deshalb für verlässliche Rahmenbedingungen für Träger und Beschäftigte ein – etwa durch auskömmliche Finanzierung, planbare Verträge und attraktive Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig müssen unterschiedliche Qualifikationsprofile sinnvoll kombiniert werden, etwa pädagogische Fachkräfte, sozialpädagogische Kräfte und ergänzende Betreuungskräfte.

2. Geeignete Räume für Lernen, Betreuung und Freizeit

Ganztag funktioniert nur mit passenden räumlichen Strukturen. Dazu gehören ausreichend große Betreuungsräume, Differenzierungs- und Ruheräume sowie Mensa- und Bewegungsflächen. Bei Neubauten und Erweiterungen von Schulen muss Ganztagsbetreuung deshalb von Anfang an mitgedacht werden. Auch bestehende Schulgebäude müssen schrittweise entsprechend angepasst werden.

3. Klare pädagogische Konzepte und enge Zusammenarbeit mit den Schulen

Ganztagsangebote sollten mehr sein als reine Aufbewahrung. Wichtig sind abgestimmte pädagogische Konzepte, die Betreuung, Förderung, Bewegung, Kreativität und soziales Lernen miteinander verbinden. Voraussetzung dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Betreuungsträgern und Eltern.

4. Regelmäßige Evaluation und Weiterentwicklung

Die Qualität der Angebote sollte regelmäßig überprüft und gemeinsam mit Schulen, Trägern und Elternvertretungen weiterentwickelt werden. So stellen wir sicher, dass der Ausbau der Betreuung langfristig auch den pädagogischen Ansprüchen von Kindern und Familien gerecht wird.

In Bezug auf eine Beitragsfreiheit bzw. soziale Staffelung der Gebühren steht für die CDU-Rathausfraktion im Mittelpunkt, dass Betreuung für Familien verlässlich, qualitativ hochwertig und finanziell tragbar ist. Gleichzeitig müssen die Angebote dauerhaft solide finanziert werden können.

1. Soziale Staffelung der Beiträge

Wir halten eine sozial ausgewogene Staffelung der Elternbeiträge für den richtigen Weg. Familien mit geringem Einkommen dürfen durch Betreuungsgebühren nicht überfordert werden. Deshalb unterstützen wir einkommensabhängige Beiträge sowie bestehende Ermäßigungs- und Befreiungsregelungen, damit alle Kinder unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern Zugang zu Betreuung haben.

2. Verlässliche Finanzierung der Angebote

Eine vollständige Beitragsfreiheit klingt auf den ersten Blick attraktiv, würde für die Stadt jedoch dauerhaft sehr hohe zusätzliche Kosten bedeuten. Diese Mittel würden an anderer Stelle – etwa beim Ausbau von Plätzen oder bei Investitionen in Schulgebäude – fehlen. Unser Ansatz ist daher: zunächst ausreichend Plätze schaffen und die Qualität der Betreuung sichern.

3. Entlastung von Familien gezielt gestalten

Dort, wo finanzielle Spielräume entstehen, sollten Entlastungen gezielt Familien zugutekommen. Besonders wichtig ist uns, dass Familien mit mehreren Kindern sowie Haushalte mit geringem oder mittlerem Einkommen spürbar entlastet werden.

Unser Ziel ist ein soziales, gerechtes und dauerhaft finanzierbares System, das sowohl den Zugang zur Betreuung sichert als auch den notwendigen Ausbau der Angebote in Wiesbaden ermöglicht.

Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und anderen außerschulischen Partnern spielen aus Sicht der CDU-Rathausfraktion eine sehr wichtige Rolle für ein attraktives und vielfältiges Ganztagsangebot an Wiesbadener Schulen.

1. Erweiterung des Bildungs- und Freizeitangebots

Durch Kooperationen können Schulen Angebote ermöglichen, die sie allein oft nicht abdecken können. Sportvereine, Musikschulen, kulturelle Einrichtungen oder Jugendorganisationen bringen besondere Kompetenzen ein – etwa in den Bereichen Bewegung, Musik, Kunst, Natur oder Technik. Damit wird der Ganzttag für Kinder abwechslungsreicher und fördert unterschiedliche Talente.

2. Stärkung der lokalen Bildungslandschaft

Solche Kooperationen vernetzen Schulen stärker mit dem sozialen und kulturellen Leben der Stadt. Kinder lernen früh Vereine, kulturelle Einrichtungen und ehrenamtliches Engagement kennen. Gleichzeitig profitieren auch die Vereine, weil sie leichter Nachwuchs gewinnen und ihre Angebote sichtbarer werden.

3. Verlässliche organisatorische Rahmenbedingungen

Damit Kooperationen dauerhaft funktionieren, braucht es klare Strukturen und Planungssicherheit. Dazu gehören verlässliche Verträge, eine gute Abstimmung zwischen Schulen, Betreuungsträgern und Partnerorganisationen sowie eine angemessene finanzielle Ausstattung der Angebote.

4. Ergänzung – nicht Ersatz – pädagogischer Fachkräfte

Außerschulische Partner können den Ganzttag bereichern, sie ersetzen jedoch nicht die pädagogische Verantwortung der Schulen und Betreuungsträger. Wichtig ist deshalb ein abgestimmtes Gesamtkonzept.

Unser Ziel ist ein Ganzttag, der nicht nur Betreuung bietet, sondern Kindern vielfältige Bildungs-, Sport- und Kulturangebote eröffnet.

Die Linke

Bereitstellung von Geldern im Haushaltsplan gemeinsam in der Kooperation und Initiativen für die Erhöhung der Beträge

Bis 2029 stehen so viele Betreuungsplätze bis 2029 zur Verfügung, dass mindestens der Rechtsanspruch erfüllt wird – auch in den Stadtteilen, in denen es Neubaugebiete mit entsprechendem Zuzug geben wird.

Die Linke möchte durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel dafür sorgen, dass in Wiesbaden ausreichend Plätze (Ausbauquote 90%) rechtzeitig bis 2029 für alle Grundschulkinder zur Verfügung stehen. Dabei bestehen wir auf der Einhaltung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land ("Wer bestellt, der bezahlt."). Nutzung auch des Klagewegs zur Durchsetzung dieses Verfassungsgebots. Bei weiterhin unzureichender Finanzausstattung der Kommunen ist zu befürchten, dass bei der Höhe nach nicht einklagbaren kommunalen Leistungen ein Abbau droht, da die Erhebung zusätzlicher kommunaler Steuern politisch schwer durchsetzbar ist. Erfolgreich wurden in der zurückliegenden Wahlperiode davon bereits Gebrauch gemacht (z.B. Erhöhung der Spielapparatesteuer, Erhöhung der Bettensteuer, Einführung von städtischen Gewerbesteuerprüfer*innen (was zusätzliche Millioneneinnahmen erbrachte), rund 1,3 %ige Erhöhung der Gewerbesteuer).

Die Qualität der Betreuung (Fachpersonal, Raumkonzepte, pädagogisches Konzept) möchten wir durch die Gewinnung von Fachpersonal durch die Erhöhung der Attraktivität Wiesbadens sichern (u.a. durch gute und ausreichende KiTas und Schulen, bezahlbare Wohnungen, ökologische Vorsorge gegen sommerliche Überhitzung von Wohngebieten, attraktive Kultur- und

Freizeiteinrichtungen). Raumkonzepte, die den Bedürfnissen der Schulen entsprechen und nicht hinter früheren Standards zurückfallen.

Außerdem darf der Zugang zu Bildung nicht vom Einkommen abhängig sein. Deshalb haben wir z. B. die Gebührenfreiheit bei den städtischen Bibliotheken eingeführt. Um Bildungseinrichtungen zu besuchen, bedarf es besonders bei Kindern und Jugendlichen eine entsprechende Mobilität, weshalb wir das Wiesbaden-Ticket für 15 €/Monat bzw. 10 €/Monat eingeführt haben, was auch verkehrspolitisch sinnvoll ist. Den ÖPNV halten wir für einen Bereich der Daseinsvorsorge und streben deshalb längerfristig einen Null-Tarif an.

Der Zugang zu Bildungseinrichtungen und Lernmitteln muss selbstverständlich entsprechend der verfassungsgemäßen Festlegungen kostenfrei sein. Privatschulen unterliegen dem Sonderungsgebot. Für dessen Beachtung setzen wir uns ein, auch wenn in erster Linie hier die staatliche Aufsicht gefordert ist.

Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen oder außerschulischen Trägern sind zu fördern. Dass hierfür Mittel bereitgestellt sind, sollte stärker bekannt gemacht werden. Bei Bedarf sollten diese auch erhöht werden.

FDP

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab August 2026 ist für uns eine klare Verpflichtung. Wiesbaden muss die geforderte Ausbauquote erfüllen. Das wird schwierig genug, deswegen unterstützen wir auch unkonventionelle Lösungen und Kooperationen mit externen Trägern, um den Anspruch fristgerecht zu erfüllen.

Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und außerschulischen Trägern sind dabei ausdrücklich erwünscht.

Wir wollen an der bewährten Gebührensystematik festhalten. Die Gebühren sollten jedoch regelmäßig unter Berücksichtigung der Lohn- und Kostenentwicklung angepasst werden.